



Rathaus Umschau

Montag, 30. September 2013

Ausgabe 186

muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise	2
Bürgerangelegenheiten	3
Meldungen	3
› Stadtrats-Vollversammlung am Mittwoch live im Internet	3
› Dokumentation „In München alt werden – ja gerne“ erschienen	4
Antworten auf Stadtratsanfragen	5
Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat	
Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften	



Terminhinweise

Dienstag, 1. Oktober, 9 Uhr, Ratstrinkstube

Bürgermeisterin Christine Strobl und Personal- und Organisationsreferent Dr. Thomas Böhle begrüßen und vereidigen 43 neue städtische Nachwuchskräfte der Qualifikationsebene 3, Fachlaufbahn „Verwaltung und Finanzen“.

Wiederholung

Dienstag, 1. Oktober, 10 Uhr,

Literaturhaus München, Salvatorplatz 1, Foyer, 3. Obergeschoss

Pressekonferenz zur Vorstellung des Programms des Literaturfests 2013 mit Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers, Dr. Dagmar Leupold, Kuratorin des Programms forum:autoren, Dr. Jörg Platiel, Vorsitzender des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels – Landesverband Bayern, Dr. Reinhard G. Wittmann, Leiter Literaturhaus und Geschäftsführer des Literaturfests München, und Dr. Christian Gries, Kulturkonsorten. Moderation durch Dr. Dieter Heß, Leiter der Redaktion Kulturkritik und Literatur im BR. Das Literaturfest München vom 6. bis 24. November wird veranstaltet vom Börsenverein des Deutschen Buchhandels – Landesverband Bayern und dem Literaturhaus München in Zusammenarbeit mit dem Kulturreferat der Landeshauptstadt München.

Achtung Redaktionen: Anmeldung unter smeierhenrich@t-online.de oder presse@litmuc.de erbeten.

Wiederholung

Dienstag, 1. Oktober, 19 Uhr,

Jüdisches Museum München, St.-Jakobs-Platz 16

Eröffnung der Ausstellung „Treten Sie ein! Treten Sie aus! Warum Menschen ihre Religion wechseln“: Grußworte sprechen Stadtrat Michael Leonhart (SPD) in Vertretung des Oberbürgermeisters, Bernhard Purin, Direktor des Jüdischen Museums München, und Hannes Sulzenbacher, Kurator der Ausstellung.

Bürgerangelegenheiten

**Montag, 7. Oktober, 19 Uhr, Sitzungssaal des Sozialbürgerhauses
Sendling, Meindlstraße 14 (barrierefrei)**

Sitzung des Bezirksausschusses 6 (Sendling).

Meldungen

Stadtrats-Vollversammlung am Mittwoch live im Internet

(30.9.2013) Unter der Adresse www.muenchen.de/stadtrat-live können Interessierte am kommenden Mittwoch, 2. Oktober, die erste Vollversammlung des Münchner Stadtrats nach der Sommerpause live im Internet mitverfolgen. Die Sitzung beginnt um 9 Uhr mit einem kurzen nicht-öffentlichen Teil, an den sich die öffentliche Sitzung unmittelbar anschließt. Am kommenden Mittwoch dürfte insbesondere der Beschluss über die Durchführung eines Bürgerentscheids zur Bewerbung um Olympische und Paralympische Winterspiele 2022 für öffentliches Interesse sorgen. Darüber hinaus stehen unter anderem Schulbauthemen wie die Errichtung eines vierzügigen Gymnasiums im Münchner Norden oder der neue Bildungs- und Sportcampus Freiham sowie die Klimaschutz-Kooperation mit Kapstadt auf der Tagesordnung. Da viele Punkte bereits vorab in Stadtrats-Ausschüssen vorberaten worden sind, werden in der Regel nicht alle Punkte in der Vollversammlung nochmals ausführlich behandelt. Ein Link zum städtischen Rats-Informationssystem (www.ris-muenchen.de) bietet weiterführende Informationen zur Tagesordnung und den in der Sitzung behandelten Vorlagen.

Aus Gründen des Datenschutzes dürfen im Live Stream jedoch nur die Redebeiträge von Stadtratsmitgliedern gesendet werden, die der Übertragung zuvor ausdrücklich zugestimmt haben. Lehnt ein Redner oder eine Rednerin die Videoübertragung ab, wird während dieses Beitrags ein Standbild mit der Erläuterung „Der aktuelle Redner hat einer Übertragung nicht zugestimmt“ eingeblendet. Denn anders als beim Bundes- oder Landtag handelt es sich beim Stadtrat rechtlich gesehen nicht um ein Parlament, sondern um ein Verwaltungsorgan mit ehrenamtlichen Mitgliedern. Deshalb wird es im Live Stream auch keine Kameraschwenks auf andere Sitzungsteilnehmer oder Zuschauer geben. Es darf ausschließlich der jeweilige Redner bzw. die jeweilige Rednerin gezeigt werden.



Dokumentation „In München alt werden – ja gerne“ erschienen

(30.9.2013) Die Stadt hatte die Münchnerinnen und Münchner im vergangenen Jahr unter dem Motto „In München alt werden – ja gerne“ mit einem vielfältigen Programm auf das von der EU ausgerufene „Europäische Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen“ aufmerksam gemacht. Es beteiligten sich rund 120 Organisationen, die in München über 200 Veranstaltungen und Aktionen durchführten. Das vielfältige Angebot zeigte mit völlig unterschiedlichen Beiträgen das ganze Spektrum der Möglichkeiten des aktiven Älterwerdens und der Solidarität zwischen den Generationen auf. Es gab Informations- und Diskussionsveranstaltungen, Vorträge, Fachveranstaltungen, Kurse, Seminare, Aktionstage, Führungen und Ausflüge, Konzerte, Spiel-, Sport- und Tanzveranstaltungen, Ausstellungen und Filmvorführungen. Die Veranstaltungen befassten sich mit Themenbereichen wie Gesundheit, ehrenamtlichem Engagement, Bildung, Wohnen, Sport und Bewegung oder Inklusion. Interkulturelle Themen wurden ebenso angesprochen wie gleichgeschlechtliche Lebensweisen, die berufliche Situation älterer Arbeitnehmer oder die finanzielle Situation älterer Menschen. Viele Veranstaltungen befassten sich mit der Begegnung der Generationen.

Erfolge und Ergebnisse dieses einjährigen Veranstaltungsprogrammes in München sind nun in einer 150-seitigen Broschüre des Sozialreferates dokumentiert, die soeben erschienen ist. Darin werden viele der insgesamt 239 Veranstaltungen und Aktionen vorgestellt. Die Broschüre gibt somit einen Überblick über vielfältige Aspekte der Themen Alter und Solidarität zwischen den Generationen in München. Die Dokumentation ist online nachzulesen unter www.muenchen.de/alter2012. Die gedruckte Fassung kann im Sozialreferat unter Telefon 2 33-4 81 79 oder über E-Mail alter2012.soz@muenchen.de angefordert werden.



Antworten auf Stadtratsanfragen

Montag, 30. September 2013

Feriensenat vorsätzlich belogen? – Stadtrat brüskiert? – Wählerinnen und Wähler um Wahlteilnahme betrogen?

Anfrage Stadtrat Josef Schmid (CSU) vom 10.9.2013



**Feriensenat vorsätzlich belogen? – Stadtrat brüskiert? –
Wählerinnen und Wähler um Wahlteilnahme betrogen?**

Anfrage Stadtrat Josef Schmid (CSU) vom 10.9.2013

Antwort Kreisverwaltungsreferent Dr. Wilfried Blume-Beyerle:

Bevor wir im Einzelnen auf Ihre Fragen eingehen, halten wir es für sachdienlich, das Antwortschreiben des Wahlkreisleiters, Herrn Regierungspräsident Hillenbrand, vom 12.09.2013 zur Anfrage der CSU-Stadtratsfraktion vom 09.09.2013 in gleicher Angelegenheit im Wortlaut wiederzugeben:

„Sehr geehrter Herr Dr. Blume-Beyerle,

vielen Dank für das Telefonat in dieser Angelegenheit und die beiden kurzfristigen Berichte über den Stand der Briefwahl bei der Landeshauptstadt München. Sie haben damit sowohl die Ursachen der Verzögerungen als auch die getroffenen Maßnahmen zur Behebung plausibel dargelegt.

Gemeinsames Anliegen war und ist, den Bürgern auch im Wege der heuer verstärkt beworbenen und wahrgenommenen Briefwahl ihr aktives Wahlrecht zu ermöglichen, ihnen im Sinne einer größtmöglichen Transparenz die Wege hierzu aufzuzeigen und Störungen umgehend zu beheben.

Das Wahlamt der Landeshauptstadt München hat vor dem Hintergrund dieser offenbar auch andernorts so nicht vorgesehenen Steigerung des Briefwahlaufkommens mit seinen Maßnahmen und dem dann getroffenen Krisenmanagement zeitnah reagiert und so die eingetretene Störung behoben. Mit den von Ihnen ergriffenen Maßnahmen konnten laut Ihrer Darstellung vor allem nunmehr alle bis gestern eingegangenen Anträge bearbeitet werden. Es gilt nun, diese Linie weiter konsequent durchzusetzen.

Ihre Pressemitteilung vom Dienstag und die Pressekonferenz vom Mittwoch waren wichtige Schritte hin zur Transparenz, die auch innerhalb der Stadt in der erforderlichen zeitnahen Weise geboten ist.

Für Ihre gezeigte Bereitschaft, mich weiter über den Fortgang der Angelegenheit weiter zu unterrichten, danke ich.

Abschließend rege ich an, die mit der Briefwahl gemachten Erfahrungen zu evaluieren und in den diesjährigen Bericht an das Staatsministerium des



Innern einfließen zu lassen sowie bei der Organisation der nächsten Wahlen zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen
gez.

Christoph Hillenbrand
Regierungspräsident“

Ihre Anfrage lautete wie folgt:

„Keine Woche ist es her, da verkündeten der Wahlleiter der Landeshauptstadt München Dr. Blume-Beyerle und der Stellvertretende Wahlleiter Leitender Verwaltungsdirektor Günther im Feriensenat ganz entspannt, es gäbe keine Probleme beim Versand der Briefwahlunterlagen. Die Beschwerden lägen im Promillebereich und man werde mit dem Mehraufkommen bei der Briefwahl fertig, zumal man erstmals die Abwicklung des Versands der Briefwahlunterlagen einer Wahl privat vergeben haben. Auch der Dritte Bürgermeister Hep Monatzeder als Leiter der Sitzung des Feriensenats zog den Dringlichkeitsantrag als Wahlkampfgetöse der CSU-Stadtratsfraktion ins Lächerliche. Der heutigen Presse ist nun ein gänzlich anderer Sachverhalt zu entnehmen. Bereits am vergangenen Dienstag, am 03.09.2013, also am Tag vor der Sitzung des Stadtrates hatte das KVR auf Grund der großen Anzahl an Briefwahlunterlagen Stimmzettel nachdrucken lassen und das Personal wurde nochmals verstärkt. Am letzten Wochenende konnten auf Grund von Verzögerungen beim Druck 20.000 Briefwahlunterlagen nicht versandt werden.

Die Leitung des KVR und des Wahlamtes hatte also bereits vor der Behandlung im Feriensenat Kenntnis von den Problemen, sie in der Sitzung verschwiegen und dem Stadtrat damit jede Möglichkeit genommen, über Lösungsmöglichkeiten zu beraten.

Darüber hinaus bekommen Wählerinnen und Wähler zusätzliche Post, in der nachträglich darauf hingewiesen wird, dass manche Wahllokale nicht barrierefrei sind. Eine Information die früher bereits mit dem Versand der Wahlbenachrichtigung erfolgte.

Vor dem Hintergrund dieser Probleme und der Tatsache, dass es bereits Wählerinnen und Wähler gibt, denen es auf Grund des Versagens des Wahlamtes verwehrt sein wird, ihr Wahlrecht auszuüben frage ich den Oberbürgermeister“



Zu Ihrer Anfrage nimmt das Kreisverwaltungsreferat inhaltlich wie folgt Stellung:

Frage 1:

Wann ist die Schwelle erreicht, bei der eine Wahl durch ein solches Verwaltungsversagen und der Verwehrung des Wahlrechts ungültig wird?

Antwort:

Nach Art. 54 Landeswahlgesetz (LWG) kann eine Nachwahl angeordnet werden, wenn in einem Stimmkreis oder in einem Stimmbezirk die Wahl nicht durchgeführt oder die Verhinderung der ordnungsgemäßen Wahlhandlung festgestellt worden ist.

Die Prüfung, ob dieser Tatbestand vorliegt, obliegt dem Bayerischen Landtag in einem Wahlprüfungsverfahren. Innerhalb des Wahlprüfungsverfahrens gilt der sogenannte Erheblichkeitsgrundsatz, der auch Grundsatz der Mandatsrelevanz genannt wird. Danach können nur Wahlfehler zu einer teilweisen oder vollständigen Ungültigkeit der Wahl führen, die die konkrete Mandatsverteilung beeinflussen haben könnten. Dies wird durch eine Würdigung des konkreten Einzelfalls festgestellt.

Frage 2:

Seit wann wusste das KVR wirklich von den Problemen um die Briefwahlunterlagen?

Antwort:

Am 24./25.08.2013 wurde im Rahmen des fortlaufenden Monitorings durch die verantwortlichen Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter im Wahlamt festgestellt, dass mit einer über die ursprünglichen Planung hinausgehenden Menge an Briefwahlanträgen gerechnet werden muss. Nach Information der Stimmkreisleitung wurden am 26.08.2013 alle möglichen Maßnahmen eingeleitet, um die Anzahl der möglichen Antragsunterlagen auf 270.000 zu erhöhen. Dies waren insbesondere:

- Nachdruck von Stimmzetteln (Koordination durch die Regierung von Oberbayern)
- Entnahme von Stimmzetteln aus den Urnen der Präsenzwahlbezirke
- Bestellung aller weiteren Materialien bei diversen Dienstleistern

Die Regierung von Oberbayern als Wahlkreisleitung wurde am 26.08.2013 über die Problematik informiert und unterstützte das Kreisverwaltungsreferat im Rahmen ihrer Möglichkeiten.

Auf Grund der nötigen Produktions- und Lieferzeiten lagen alle Unterlagen vollumfänglich erst wieder am Freitag, den 06.09.2013 vor.

Das teilweise Nichtvorhandensein der Unterlagen in einzelnen Stimmkreisen führte dazu, dass für Anträge, die ab dem 03.09.2013 eingegangen waren und deren Bearbeitung am 04./05.09.2013 erfolgte (Zeitpunkt, ab dem die vorkuvertierten Unterlagen nicht mehr in allen Stimmkreisen vorrätig waren), die Zielvorgaben im Versand nicht mehr für alle Stimmkreise erreicht werden konnten. Erschwert wurden die Zielerreichung durch den Umstand, dass ab diesem Zeitpunkt alle Unterlagen (11 Bestandteile) manuell kuvertiert werden mussten, was zu einer Vervielfachung (ca. 6-fach) des Bearbeitungsaufwandes pro Versandkuvert führte.

Im gesamten Zeitraum bis 06.09.2013 wurde versucht, im Rahmen der vorhandenen Ressourcen dem gestiegenen Aufwand und den Materialproblemen mit erhöhtem Einsatz zu begegnen.

Am 06.09.2013 und nachfolgend in einer umfassenden Sachstandanalyse am 08.09.2013 wurde festgestellt, dass es bei den Anträgen, die im Zeitraum vom 03.09.2013 bis 06.09.2013 eingegangen waren, nicht gelungen war, die Zielvorgaben zu erreichen. Bedauerlicherweise wurde die Zielvorgaben teilweise um 2 Arbeitstage überschritten. Aus diesem Grund erfolgte am 09.09.2013, 8.00 Uhr eine umfassende Aufstockung der Ressourcen, um eine Abarbeitung der Rückstände noch am Montag, den 09.09.2013 zu erreichen.

Frage 3:

Gab es vor dem vergangenen Dienstag, 03.09.2013 bereits Verzögerungen beim Versand?

Antwort:

Außer den von Herrn Günther im Feriensenat berichteten kleineren Problemen gab es bis 03.09.2013 keine Verzögerungen im Versand der Briefwahlunterlagen (siehe auch Erläuterungen zu Frage Nr. 2).

Frage 4:

Wie viele Beschwerden gingen per Hotline und per E-Mail beim KVR tatsächlich ein?

Antwort:

In der Zeit vom 12.08.2013 bis 03.09.2013 gingen 3.638 E-Mails beim Wahlamt ein. Diese bezogen sich fast vollständig auf die Beantragung von Briefwahlunterlagen für beide Wahlen bzw. eine der beiden Wahlen, auf Eingabefehler bei der Beantragung, die korrigiert werden sollten, auf Rückfragen zur Wahlbenachrichtigung und allgemeine Auskünfte im Zusammenhang mit den Wahlen. Darunter waren rund 120 Beschwerden und Nachfragen über den Bearbeitungsstand der Briefwahlausstellung für die Landtagswahl. Bis zu diesem Tag waren 187.558 Briefwahanträge für die Landtagswahl und 150.774 für die Bundestagswahl eingegangen.

Über Inhalte von telefonischen Anfragen werden keine Statistiken geführt. Alle Beschwerden wurden im Einzelfall geprüft und in der Regel einer individuellen Lösung zugeführt.

Frage 5:

Hält das Wahlamt weiterhin an seiner Behauptung fest, es gäbe keine Probleme und die Beschwerden hielten sich im Promillebereich?

Antwort:

Mit Ausnahme der unter Nr. 2 beschriebenen Verzögerungen im Zeitraum vom 03. bis 06.09.2013 sind bei der Briefwahlausstellung der Landtagswahl keine Probleme aufgetreten. Da bis zum 03.09.2013 bei über 300.000 bearbeiteten Briefwahanträgen für die Landtags- und Bundestagswahl weit weniger als 3.000 Beschwerden (nämlich nur ca. 120, vgl. Antwort 4) vorlagen, hielten sich die Beschwerden im Promillebereich.

Nach dem 03.09.2013 stieg, wohl auch aufgrund der Berichterstattung, die Zahl der Nachfragen und Beschwerden an. Sie hat sich bis letzte Woche in etwa verfünffacht, so dass bis 13.09.2013 zirka 500 Beschwerden per Fax oder E-Mail im Wahlamt eingegangen sind.

Frage 6:

Hält das Wahlamt weiterhin an seiner Behauptung fest, bei einem Antrag der heute eingehe, würden die Unterlagen am nächsten Tag an die Wählerinnen und Wähler versandt?

Antwort:

Für die zeitliche Bearbeitung von Briefwahlanträgen hat sich das Kreisverwaltungsreferat folgendes Ziel gesetzt:

- Standardanträge (= alle Anträge, bei denen der Wähler zweifelsfrei identifiziert werden kann und die Versendung an seine Meldeadresse erfolgt):
Die Bearbeitung erfolgt innerhalb eines Arbeitstages und die Unterlagen werden am auf den Antragseingang folgenden Arbeitstag (18.00 Uhr) dem Postdienstleister zur Frankierung und Zustellung übergeben => 90% aller Fälle.
- Sonderfälle (= alle Anträge, bei denen eine manuelle Überprüfung auf Grund der vorliegenden Daten erforderlich ist):
Die Übergabe an den Postdienstleister erfolgt spätestens am 2. auf den Antragseingang folgenden Arbeitstag => ca. 10% aller Fälle.

Das Kreisverwaltungsreferat hält an dieser Vorgabe für die Zielerfüllung auch für die Bundestagswahl fest.

Frage 7:

Welche zusätzliche Kosten entstanden durch die Versendung der Briefe zur Barrierefreiheit?

Antwort:

Durch den Versand der Schreiben mit dem Hinweis der Nichtbarrierefreiheit des eigenen Wahllokals entstanden Kosten in Höhe von ca. 132.000 Euro.

Frage 8:

Warum wurde der Stadtrat im Feriensenat, wider besseren Wissens um die Probleme, belogen? Ist dies der neue Umgang mit den ehrenamtlichen Stadträten seitens des KVR?

Antwort:

Das Kreisverwaltungsreferat hat den Feriensenat nicht belogen (vgl. vorstehende Antworten). Es waren erste Probleme erkennbar, die sich jedoch, auch in Anbetracht des Umfangs der Wahlvorbereitung einer „Doppelwahl“, zunächst im Rahmen hielten. Es hätte für das Kreisverwaltungsreferat auch gar keinen Sinn gehabt, dem Feriensenat freiwillig



„wider besseres Wissen“ Auskunft zu erteilen. Vielmehr wäre es sogar hilfreich gewesen, den Stadtrat informieren und damit auch die Münchener Wählerinnen und Wähler über die Medien für die Probleme sensibilisieren zu können.

Frage 9:

Ist der Dritte Bürgermeister der Landeshauptstadt München bereit, seine öffentliche Aussage, beim Dringlichkeitsantrag handele es sich um bloßes Wahlkampfgetöse der CSU-Stadtratsfraktion öffentlich zurückzunehmen?

Antwort:

Nein.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Montag, 30. September 2013

Die Stadt entschuldigt sich!

Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA)



Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Antrag
30.09.2013

Die Stadt entschuldigt sich!

Der Stadtrat beschließt:

Die Landeshauptstadt München, vertreten durch den Oberbürgermeister oder einen seiner Stellvertreter, entschuldigt sich bei der Wirtin der Gaststätte „Fellstuben“ in der Sedlmayrstraße in Neuhausen, Sylvia H. (Name bekannt), für die durch die Vorsitzende des Bezirksausschusses, Ingeborg Staudenmeyer (SPD), zu verantwortenden Pressionen wegen der Vermietung von Gaststätten-Räumlichkeiten an die Münchner NPD. Dabei läßt die Stadt auch eine Geste des guten Willens erkennen, um die gesundheitlichen Schädigungen, die Frau H. entstanden sind, wiedergutzumachen, und leistet eine Entschädigungszahlung.

Begründung:

Der Fall war erst dieser Tage Gegenstand der Lokalberichterstattung sowie einer Rathaus-Anfrage: weil sie Räumlichkeiten ihrer Gaststätte in der Sedlmayrstraße an den Münchner Kreisverband der NPD zu Tagungszwecken vermietet hatte, geriet die alteingesessene Wirtin Sylvia H. unter Druck vonseiten der Vorsitzenden des Bezirksausschusses Neuhausen-Nymphenburg, Ingeborg Staudenmeyer (SPD). Sogar die „Abendzeitung“ gab den Sachverhalt offenbar korrekt wieder: „Der Vermieter und der Bezirksausschuss hätten sie unter Druck gesetzt, klagt die Wirtin, die die ‚Fellstuben‘ seit 29 Jahren betreibt. ‚Ich hatte Angst, dass ich gekündigt werde‘“, berichtet die AZ (<http://www.abendzeitung-muenchen.de/inhalt.jeden-ersten-mittwoch-npd-tagt-in-der-boazn.183bacd5-9729-4b7a-8df4-df1be86ebfb9.html>).

Außer der BA-Vorsitzenden haben sich laut AZ auch die Eisenbahner-Baugenossenschaft München-Hauptbahnhof sowie ein Konzertveranstalter an der Drohkulisse beteiligt. Frau H. setzte diese Situation derart zu, daß sie tagelang ein Übelkeitsgefühl verspürte, sich vor Streß übergeben mußte und mehrere Nächte lang nicht schlafen konnte. Tagsüber fühlte sie sich einer persönlichen Aussage zufolge

b.w.

„total blockiert“. Gegenwärtig befindet sich Frau H. offenbar wieder auf dem Weg der Besserung, nachdem ihr zugesichert wurde, ihr Pachtvertrag sei – nach dem Rausschmiß der NPD – nicht in Gefahr.

Der geschilderte Fall ist, wenn man die Grundsätze eines demokratischen Rechtsstaates zugrundelegt, völlig inakzeptabel und schlechterdings unglaublich. Daß staatliche bzw. städtische Organe wie ein Bezirksausschuß Druck ausüben, um einer legalen, nicht verbotenen politischen Gruppierung ihre Teilnahme am politischen Prozeß zu erschweren, erinnert an die Gängelung von Dissidentengruppen in Ländern wie China oder Weißrußland.

Bei der Wirtin der Gaststätte „Fellstuben“ in Neuhausen führte der konzentrische Druck vonseiten des BA, der Eisenbahner-Baugenossenschaft München-Hauptbahnhof sowie eines Konzertveranstalters zeitweise zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen. Das ist eine neue Qualität des Kesseltreibens gegen eine mißliebige politische Opposition, die offenbar auch Schäden an Leib und Leben stillschweigend in Kauf nimmt.

Eine solche Eskalation kann nicht im Sinne der LHM sein. Es ist deshalb zwingend geboten, daß sich die Stadt vom Vorgehen der Neuhauser BA-Politiker distanziert, sich bei Frau H. für die erlittene Unbill entschuldigt und diese Geste mit einer angemessenen finanziellen Wiedergutmachung für die entstandenen gesundheitlichen Beeinträchtigungen begleitet. Der OB sollte sich nicht zu schade sein, die Entschuldigung der LHM persönlich vorzubringen.



Karl Richter
Stadtrat

Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Inhaltsverzeichnis

Montag, 30. September 2013

**SWM Bildungstiftung fördert das Projekt
„SprachLabor“ – Förderprojekt zur Sprach-
und Lesekompetenz an einer Schwabinger
Grundschule**

Pressemitteilung SWM

**Events in den M-Saunen:
Verwöhnprogramm im Herbst**

Pressemitteilung SWM

SWM Bildungsstiftung fördert das Projekt „SprachLabor“ – Förderprojekt zur Sprach- und Lesekompetenz an einer Schwabinger Grundschule

(München, 30.9.2013) Unter dem Motto „Chancen ermöglichen – Erfolge erleben“ fördert die SWM Bildungsstiftung Projekte, die die Bildungschancen benachteiligter Kinder und Jugendlicher verbessern. So wie das Projekt „SprachLabor“ des Trägers Kultur & Spielraum e.V. Durch das forschende Lernen im „SprachLabor“ können Grundschul Kinder ihre Sprachkompetenz kontinuierlich verbessern. Das Projekt läuft von September 2012 bis Juli 2014. Die SWM Bildungsstiftung unterstützt es mit 52.000 Euro.

Aktuelle Forschungen bestätigen, wie sehr Sprache die Grundlagen schafft für Lernen im Allgemeinen und für das Lernen in schulischen Fächern, vom musischen Bereich über die Naturwissenschaften bis hin zur Mathematik und Ethik. Viele Kinder scheitern gerade im Übergang von gesprochener Sprache hin zur Schriftsprache, da ihnen grundlegende Erfahrungen in der deutschen Sprache fehlen. Dies gilt übrigens nicht nur für Kinder aus mehrsprachigen Kontexten, sondern auch für Kinder deutschsprachiger Herkunft.



Martin Janke, Geschäftsführer der SWM Bildungsstiftung (links), und Gerd Grüneisl von Kultur und Spielraum e.V. bei der Scheckübergabe vor der „Sprachtapete“ in der Grundschule an der Farinellistraße
Fotos: SWM

Das auf zwei Jahre angelegte Projekt SprachLabor hat im September 2012 in der Klasse 3g der Grundschule an der Farinellistraße (München-Schwabing) begonnen. Die Grundschüler können sich bei vielen Gelegenheiten mit allen Formen der Sprache und ihren Voraussetzungen befassen sowie ihre Sprachkompetenz kontinuierlich verbessern. Der Ansatz ist das forschende Lernen: Die Kinder erkunden und untersuchen selbst den Gegenstand Sprache. Dies tun sie zum einen im gemeinsam gestalteten „SprachLabor“, aber auch außerhalb der Schule, in Stadtteil-Einrichtungen und in der ganzen Stadt, in der Begegnung mit (anderen) Sprachexperten.



Die Arbeit im Projekt

Im ersten Projektjahr stand das Forschen rund um die eigene Sprache im Vordergrund (*Wie und was spreche ich, wann und wo, wie mit wem? Welche Wörter verwende ich dabei?*) und ihre Ausgestaltung, etwa in Büchern und in Bildern, im Erzählen von Geschichten, in verschiedenen Sprachen und Ländern. Ihre Ergebnisse hielten sie in Audiobeiträgen fest, dokumentierten sie auf einer Wörternapete und inspirierten zu „Wortmaschinen“, für den Fall, dass es einem mal „die Sprache verschlägt“.



Im zweiten Projektjahr geht es nun darum, die Kreise weiter zu ziehen. Das, was im ersten Jahr entdeckt wurde, soll nun so aufbereitet werden, dass andere es auch nutzen, verwenden, damit spielen und experimentieren können. Und es soll nun ein reales SprachLabor errichtet werden, mit Spielen, Experimentierstationen, mit Verbrauchs- und Anschauungsmaterialien. Nach und nach entsteht gemeinsam mit den Kindern eine Lernlandschaft, die andere nutzen können. Damit hinterlassen die „SprachLaborler“ der jetzigen 4g etwas für die nachfolgenden Klassen.



Hinweis: Die Fotos können unter www.swm.de/presse heruntergeladen werden.

SWM Bildungsstiftung

Viele junge Menschen verfügen über Begabungen, die sie aufgrund ihrer sozialen Herkunft oder mangels Unterstützung nicht entfalten können. Schulen können eine solche fehlende familiäre Förderung nur sehr eingeschränkt ausgleichen. Daher will die SWM Bildungsstiftung dazu beitragen, dass sich auch die Begabungen dieser jungen Menschen entwickeln können. Unter dem Motto „Chancen ermöglichen – Erfolge erleben“ will die SWM Bildungsstiftung Projekte fördern, die Bildungschancen benachteiligter Kinder und Jugendlicher verbessern. Dies reicht von der frühkindlichen Bildung im Kindergartenalter über die Unterstützung von Schülern bis hin zu Förderung von zusätzlichen Bildungsabschlüssen an Hochschulen. Mit ihrem Grundstockvermögen von 20 Millionen Euro rangiert die SWM Bildungsstiftung unter den größten sich im Bildungssektor engagierenden Stiftungen Deutschlands. Weitere Infos unter: www.swm-bildungsstiftung.de.

Kultur & Spielraum e.V.

Kultur & Spielraum e.V. ist eine Gruppe von Kultur- und Sozialpädagogen/-innen sowie Künstler/-innen. Seit über 30 Jahren konzipiert und realisiert der gemeinnützige Verein kulturpädagogische Projekte für Kinder, Jugendliche und Familien zu den unterschiedlichsten Themen. Neben zwei ständigen Kinder- und Jugendkultureinrichtungen organisiert Kultur & Spielraum als Kulturpädagogischer Dienst mobile Aktionen und Programme in der ganzen Stadt. Dafür werden neue/eigene Formate der kinder- und jugendkulturellen Bildungsarbeit entwickelt. Die Angebote sind stets so angelegt, dass sie Kinder und Jugendliche zur produktiven Auseinandersetzung mit den Inhalten anregen. Dabei gilt das Prinzip der Partizipation. Jahr für Jahr werden damit 40.000 bis 60.000 junge Menschen erreicht. Einige Projekte haben Modellcharakter gewonnen und dienen als Vorbild für ähnliche Aktionen in anderen deutschen Städten sowie im Ausland. Kultur & Spielraum steht für bestimmte inhaltliche Schwerpunkte, für kinder- und jugendrelevante Themen, kreative Ideen und eine besondere Qualität in der Durchführung und Ausgestaltung. Lese- und Sprachförderung ist eines der Schwerpunktthemen.

Pressekontakt

SWM Bildungsstiftung

Pressesprecherin Bettina Hess

089/23 61-50 42

presse@swm.de

www.swm.de, www.swm-bildungsstiftung.de

Kultur & Spielraum e.V.

Projektleiterin Silke Schetelig

089/34 16 76

info@kulturundspielraum.de

www.kulturundspielraum.de

Events in den M-Saunen: Verwöhnprogramm im Herbst

(30.9.2013) Sport, Badespaß und Wellness – die M-Bäder haben in München ein nahezu konkurrenzlos gutes Angebot. Wer seinem Körper etwas Gutes tun will, dem bieten die M-Saunen Entspannung und Erholung. Saunieren bedeutet Streicheleinheiten für Körper, Geist und Seele. Das Schwitzen fördert die Gesundheit, denn der Körper entspannt und härtet sich zugleich durch die Wechselreize gegen Erkältungen ab. Auf mehr als 4.500 Quadratmetern bieten die zehn M-Saunen verschiedenste Erlebniswelten. Es lohnt sich, alle auszuprobieren: etwa die Blockhaus-Sauna im Dante-Winter-Warmfreibad, die Erd-Loft-Sauna im Michaelibad, die Stollensauna im Cosimawellenbad oder die Kristallsauna im Nordbad.

Passend zum Herbst haben die M-Bäder wieder ein besonderes **Sauna-Verwöhnprogramm** für ihre Besucher aufgelegt. Das Angebot reicht von Klangschalen-, Rohkost- und Beauty-Relax-Aufgüsse bis zu Sauna & Yoga. Los geht's mit dem Verwöhnen am 1. Oktober. Alle Infos und Termine findet man unter www.swm.de und an allen Badkassen. Die Teilnahme ist bis auf den normalen Eintrittspreis kostenlos.

Mit der M-Bäderkarte wellnessen und sparen

Für Inhaber der M-Bäderkarte wird der Badeintritt noch günstiger: Wer einen Geldbetrag auf seine M-Bäderkarte aufgeladen hat, erhält einen Preisvorteil von bis zu 20 Prozent auf den Eintrittspreis.

Übrigens: Auch am Feiertag, Donnerstag, 3. Oktober, stehen die Hallenbäder und Saunen zu den für Donnerstag üblichen Öffnungszeiten zur Verfügung.